

(Abgeordneter Schäfer.)

(A) Bezirk Leipzig, und der Vorsitzende erklärte mir — ziemlich bleich saßen die Herren da —: Weiteres Verhandeln hat keinen Zweck, Sie wollen ja vergesellschaften! Da fiel es den Herren wie ein Stein vom Herzen, als ich ihnen sagte: „Das ist doch nur das, was im sozialdemokratischen Parteiprogramm steht. Ist das etwas neues für Sie? Wir wissen auch noch nicht, ob heute oder morgen die Vergesellschaftung in den Industrien, die Halbfabrikate verarbeiten, vorgenommen wird usw.“ Da erklärten die Herren, daß sie natürlich bereit wären, in Verhandlungen einzutreten. Aber auch bei den Diskussionen in Leipzig, als vor einigen Tagen der Herr Dr. Neurath seinen Vortrag über Sozialisierung hielt, brachten die Herren es uns zum Bewußtsein, wie unklar es in den Köpfen der bürgerlichen Herren eigentlich über die Sozialisierung aussieht. Die Diskussion, an der sich doch, wie man wohl sagen kann, die führenden Kreise der Leipziger Bürgerschaft beteiligten, war derartig leicht, daß man sagen konnte, daß die Herren sich überhaupt noch nicht ernstlich mit der Frage beschäftigt hatten.

Ich meine, aus diesen von mir angeführten Gründen wäre es zweckmäßig, daß auch die sächsische Regierung unverzüglich mit einem Programm an das Tageslicht käme, in dem sie zum Ausdruck bringt, wie sie sich die Sozialisierung denkt.

(B) Dann hat der Volksbeauftragte Nitzsche uns einen Überblick gegeben über die Finanzverhältnisse in Sachsen. Ich weiß eigentlich nicht, in welchem Zusammenhange das mit der heutigen Tagesordnung steht. Da er aber die Finanzlage Sachsens gestreift hat, habe ich die Auffassung, daß er hat sagen wollen, daß die Finanzlage Sachsens es nicht gestattet, einen weiteren Ausbau der Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen.

(Zuruf bei den Unabhängigen: Oder gestattet!)

Ich weiß tatsächlich nicht, in welchem Zusammenhange ich die Ausführungen des Volksbeauftragten Nitzsche sonst mit der Interpellation bringen soll.

Doch nun einige Worte zu den Ausführungen der Herren von der Rechten in diesem Hause.

Wenn der Herr Abgeordnete Günther hervorgehoben hat, daß die Blockade die Ursache der jetzt vorhandenen Arbeitslosigkeit sei, so trifft das ohne weiteres zu. Aber das, was sich jetzt abspielt, ist ja weiter nichts als eine getreue Wiederholung dessen, wie wir die Friedensverträge mit Rußland und Rumänien usw. gehalten haben. Wir hätten da allerdings erwartet, daß auch Ihre Parteien seinerzeit im ehemaligen Deutschen Reichstage dagegen Protest erhoben hätten, und wir hätten durchaus nichts gegen die Blockade von Seiten der Ententemächte

einzuwenden, wenn nicht bedauerlicherweise auch die Arbeiterklasse wieder diejenige wäre, die für die Sünden der bürgerlichen Parteien büßen muß.

Man hat in diesem Zusammenhange weiter auf den Kohlenmangel Bezug genommen. Ich will darauf nicht weiter eingehen, da wir ja in den nächsten Tagen Gelegenheit haben werden, in diesem Hause über die Kohlenfrage eingehend zu sprechen.

Aber eins muß ich zurückweisen. Wenn der Herr Abgeordnete Günther erklärte, daß durch den Eisenbahnarbeiterstreik auch die Lebensmittelzufuhr bedroht sei, so trifft das insofern zu, als die Lebensmittelzufuhr allerdings durch den Streik des Bürgerausschusses in Leipzig in Gefahr war,

(Abg. Günther [Blauen]: Durch Streik überhaupt!)

als die Gefahr bestand, daß durch den Streik des Bürgerausschusses in Leipzig die Nahrungsmittelzufuhr abgesperrt wurde. Da hat die Leipziger Arbeiterschaft es verstanden, den Herren vom Bürgerausschuß das ganz gehörig begreiflich zu machen und mit Nachdruck begreiflich zu machen, so daß die Herren vom Bürgerausschuß sehr schnell zur Besinnung gekommen sind und wir heute konstatieren können, daß dieser Bürgerstreik ganz elend ins Wasser gefallen ist, daß die Nahrungsmittelzufuhr tadellos funktioniert, daß wir auch die Herren Ärzte, (D) die sich ziemlich eigenartig während des Bürgerstreiks verhalten haben, durch die Mittel, die wir angewendet haben, indem wir ihnen die Verpflegung und Wohnung gekündigt haben, schnell wieder an die Arbeit gebracht haben; denn ein Mensch, der nicht arbeitet, hat natürlich auch kein Recht an die Arbeitsstätte.

(Uha! rechts. — Lebhaftige Zurufe rechts: Hört, hört! — Sehr gut! — Gleiches Recht für alle!)

Wenn Sie sagen, meine Herren: Sehr gut! so fasse ich das in Gänsefüßchen auf und erinnere daran, daß Sie das in der Vergangenheit nicht gesagt haben, wenn im Ruhrgebiet, bei Krupp oder in ähnlichen Unternehmungen, wo sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen bestanden, den Arbeitern, die in den Streik traten, sofort die Wohnung gekündigt wurde.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Bitte, meine Herren, denken Sie an die Vergangenheit. Wir mußten das tun in Leipzig, weil wir die Räume in den Krankenhäusern und Lazaretten nötig hatten für Kranke.

(Widerspruch rechts — Zuruf: Ausgerechnet heute, früher brauchten Sie sie nicht!)